

ALLGEMEINES

Armuts- und Reichtumsbericht in der Kritik. Bei einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am 3. Juni im Deutschen Bundestag kritisierten die eingeladenen Experten, dass sich der Bericht der Bundesregierung auf einen Lebensphasen-Ansatz konzentriert, strukturelle Ursachen aber nicht beachtet. So würden zum Beispiel die Ursachen der Benachteiligung von Frauen nicht ausreichend gewürdigt, obwohl im Niedriglohnsektor vor allem Frauen beschäftigt sind. Ein weiterer Kritikpunkt ist die mangelhafte Beteiligung der Wissenschaft und von Nichtregierungsorganisationen. Diskutiert wurde über die geeigneten Instrumente zu Armutsvermeidung. Die Förderung der Erwerbstätigkeit wurde hierbei als ein zentrales Element angesehen, obwohl bei Geringqualifizierten eine Erwerbstätigkeit oft nicht ausreicht. Daher wird es als zu einseitig angesehen, sich nur auf den Arbeitsmarkt zu konzentrieren. Stattdessen soll ein eigenständiges Armutsbekämpfungsprogramm aufgelegt werden, das ausreichend Bildungschancen über den gesamten Lebenslauf hinweg ermöglicht. *Quelle: hib vom 3.6.2013*

Gründung einer europäischen Beobachtungsstelle für Soziale Arbeit und soziale Entwicklung.

Im Zuge der von 16. bis 19. April dieses Jahres in Istanbul abgehaltenen Konferenz des European Network for Social Action (ENSACT) wurde das „European Observatory on Social Work and Social Development“, eine europäische Beobachtungsstelle für Soziale Arbeit und soziale Entwicklung, gegründet. Die Aufgabe dieser Initiative besteht in der Dokumentation und Unterstützung von Anstrengungen im Hinblick auf die durch die Wirtschaftskrise verstärkten sozialen Probleme in Europa. Die Arbeitsergebnisse werden an die Vereinten Nationen, die Europäische Union und die nationalen Regierungen weitergeleitet. Die neue Institution lädt dazu ein, Beiträge über den gegenwärtigen Stand der Sozialen Arbeit, beispielsweise zum Kinderschutz und zur Pflege demenzkranker Menschen, sowie zu sozialen Prozessen in Europa einzureichen. Zunächst widmet sich die Beobachtungsstelle der Förderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gleichheit. Auf dem Plan stehen weitere Themen wie die Würde einzelner Völker, der Umweltschutz und die Bedeutung menschlicher Beziehungen. Die regionalen Bestandsaufnahmen werden bis zum 31. Dezember an das „Global Observatory“ weitergegeben und sind Grundlage für einen internationalen Bericht, der im Juli nächsten Jahres veröffentlicht werden soll. *Quelle: The Guardian 30.4.2013*

Neuer Bericht der EU-Kommission. Am 11. April dieses Jahres stellte die Europäische Kommission ihren zweijährlich erscheinenden Bericht zu den Arbeitsbeziehungen in Europa vor. Dieses Dokument erläutert die Kommunikation zwischen Arbeitgebenden, Arbeitneh-

menden, deren Vertretungen und zuständigen Behörden mit Schwerpunkt auf dem öffentlichen Sektor. Kritisches Augenmerk fanden die durch die wirtschaftliche Krise und die Sparpolitik verursachten Kürzungen, die relativ geringe Anzahl an Betriebsräten und der vor allem in Osteuropa beobachtbare Mangel an europäischen Betriebsräten in international agierenden Unternehmen. Der DBB Beamtenbund und Tarifunion merkt an, es bedürfe starker Gewerkschaften, einer vertrauensvollen Zusammenarbeit der jeweiligen Sozialpartner sowie kreativer Ansätze, die darauf abzielen, bei der Umstrukturierung der öffentlichen Dienste einen Stellenabbau zu vermeiden. *Quelle: dbb magazin 5/2013*

SOZIALES

Deutsch-Integrationskurse sind Pflicht. Leistungen nach der Hartz-IV-Gesetzgebung können an den Besuch von Deutschkursen geknüpft und bei einer Ablehnung gekürzt werden. Geweigert hatte sich beispielsweise im Jahr 2010 eine Migrantin aus der Türkei, die es trotz behördlicher Aufforderung unterließ, sich bei der örtlichen Volkshochschule zu einem Deutsch-Sprachkurs anzumelden, woraufhin sie monatlich 96,90 Euro weniger Arbeitslosengeld erhielt. Ihrer Klage gab das Sozialgericht Wiesbaden nicht statt, obwohl der Ehepartner ein ärztliches Attest vorlegte, wonach er aufgrund seelischer Probleme nicht in der Lage sei, während der Abwesenheit seiner Frau die vier gemeinsamen Kinder zu beaufsichtigen. Das Gericht entschied, dass es sich um ein Gefälligkeitsattest ohne juristische Relevanz handelte. *Quelle: SoVD 6/2013*

Antrag der Grünen auf soziokulturelle Existenzsicherung abgelehnt.

Im Februar dieses Jahres forderte die Partei Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag an den Bundestag eine gesetzliche Regelung, die ein menschenwürdiges Existenzminimum für die gesamte in Deutschland lebende Bevölkerung garantieren sollte. Angemahnt wurde, die Regelbedarfe nach SGB II und SGB XII entsprechend zu ändern, die Regelbedarfsstufe 3 für behinderte Menschen über 25 Jahre in ihrer jetzigen Form abzuschaffen, die grundlegenden Leistungen an Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft stärker zu individualisieren und eine Kindergrundsicherung einzuführen. Bei Enthaltung der SPD und gegen die Stimmen der Linksfraktion und der Grünen lehnte der Bundestag diesen Antrag am 16. Mai ab mit der Begründung, die Regelsätze seien verfassungsgemäß berechnet worden. *Quelle: Das Parlament 21.5.2013*

Tatort Berlin. Straffälligen- und Opferhilfe unter PARITÄTISCHEM Dach. Hrsg. Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V. Selbstverlag. Berlin 2012, kostenlos *DZI-E-0445* Als Schauplatz gewaltsamer Übergriffe gerät Berlin vergleichsweise häufig in die öffentlichen Schlagzeilen. Mit dem Ziel, dadurch entstehenden Problemen zu begegnen, widmet sich diese Broschüre den Ansätzen der Straffälli-

gen- und Opferhilfe des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, die anhand einiger Praxisbeispiele beschrieben werden. Im Blickfeld stehen unter anderem die allgemeinen Auswirkungen von Straftaten auf die Opfer, die psychosoziale Begleitung des im Jahr 2008 überfallenen Manfred Röwer, Delikte wie Gewalt gegen Frauen und Stalking sowie zielgruppenorientierte Angebote der Beratung, Ausbildung und Berufstätigkeit für inhaftierte Menschen. Darüber hinaus informiert die Handreichung über die Situation homosexueller Männer und HIV-infizierter Personen im Strafvollzug und über den Zugang zu Medien im Gefängnis, ergänzt durch Hinweise zur Tätigkeit des im Jahr 2000 gegründeten Runden Tisches für ausländische Gefangene, zum ehrenamtlichen Engagement in Justizvollzugsanstalten und zur Betreuung nach der Entlassung. Bestellanschrift: Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V., Brandenburgische Straße 80, 10713 Berlin, Tel.: 030/860 01-0, Internet: www.paritaet-berlin.de

GESUNDHEIT

Neues Online-Portal zum Austausch über Strategien der Gesundheitsförderung. Um die Kommunikation über Ansätze der präventiven kommunalen Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche zu erleichtern, schufen die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, das Nationale Zentrum Frühe Hilfen und der Kooperationsverbund „Gesundheitliche Chancengleichheit“ das Web-Forum „Inforo-Online“ für das bundesweite Zusammenwirken verschiedener Ressorts. Innerhalb dieses Netzwerks können Akteure und Akteurinnen ihre Erfahrungen beim Auf- und Ausbau entsprechender Handlungsstrategien und bei der Umsetzung der in diesem Kontext entwickelten Praxisempfehlungen in geschützten Bereichen diskutieren oder für die Öffentlichkeit zugänglich machen. Weitere Informationen hierzu unter www.inforo-online.de/partnerprozess. *Quelle: Newsletter des Kooperationsverbunds Gesundheitliche Chancengleichheit vom 28.5.2013*

eHealth Conference 2012. GesundheitIT – digital, besser, effizienter. Hrsg. Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung (GVG) e.V. Selbstverlag. Köln 2012, 237 S., kostenlos *DZI-E-0550* In diesem Tagungsband sind Beiträge, Workshopergebnisse und die Podiumsdiskussion einer Tagung, die im Juni 2012 stattfand, zusammengestellt. Zur Debatte standen die Bedarfe und Potenziale von Telemedizin in Deutschland, die diesbezügliche Nutzung des Internets, entsprechende Anstrengungen in den Bundesländern und europaweite Aktivitäten wie beispielsweise die eHealth Governance Initiative, das eHealth-Netzwerk und das von der Kommission der Europäischen Union finanzierte Projekt epSOS zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Versorgung. Im Anhang findet sich die als Ergebnis des Symposiums erarbeitete Saarbrücker Erklärung mit

29.-30.8.2013 Erkner. Fachtagung: Kinderarmut – Die Empfehlungen der Europäischen Union. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frau Britta Spilker, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-605, E-Mail: spilker@deutscher-verein.de

30.8.-1.9.2013 Hofgeismar. Tagung: Potenzialentfaltung für Führungspersonen im Schulsystem. Information: Evangelische Akademie, Gesundbrunnen 11, 34369 Hofgeismar, Tel.: 056 71/881-115, E-Mail: ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de

9.-10.9.2013 Berlin. Fachkongress: In Beziehung kommen – Hilfreicher Kontakt im Konflikt um das Kindeswohl. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren e.V., Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/569 75-3, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

11.-13.9.2013 Hannover. Fachtagung: Ausländerbehörden und Jugendhilfe – Kindeswohl als Kooperationsgrundlage. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-605, E-Mail: info@deutscher-verein.de

13.-14.9.2013 Köln. Fachtagung zu Supervision und Coaching. Information: Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V., Lütticher Straße 1-3, 50674 Köln, Tel.: 02 21/ 92 00 40, E-Mail: info@dgsv.de

14.-17.9.2013 Nürnberg. 29. Deutscher Jugendgerichtstag: „Jugend ohne Rettungsschirm. Herausforderungen annehmen!“ Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Lützowstraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36-41, Internet: www.dvjj.de

25.-26.9.2013 Berlin. DEVAP Bundeskongress. Zukunft gestalten – Wirtschaftsfaktor Pflege. Information: Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege e.V., Invalidenstraße 29, 10115 Berlin, Tel.: 030/830 01-277, E-Mail: info@devap.de

25.-28.9.2013 Düsseldorf. REHACARE 2013, Fachmesse und Kongress. Information: Messe Düsseldorf GmbH, Stockumer Kirchstraße 61, 40474 Düsseldorf, Tel.: 02 11/ 45 60 01, E-Mail: info@rehacare.de

27.-28.9.2013 Frankfurt am Main. Fachtagung zum 25. Jubiläum des Instituts für Sexualpädagogik: „Neugierig“. Information: Institut für Sexualpädagogik, Huckarder Straße 12, 44147 Dortmund, Tel.: 02 31/14 44 22, E-Mail: mail@isp-dortmund.de

ihren Handlungsempfehlungen an die Politik. Bestellanschrift: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V., Hansaring 43, 50670 Köln, Tel.: 0221/ 91 28 67-0, Internet: www.gvg.org

Pilotprojekt für ältere Menschen mit Behinderung. Da Menschen mit einer geistigen Behinderung häufiger und früher von demenziellen Erkrankungen betroffen sind, eröffnete der Caritasverband Gelsenkirchen vor gut einem Jahr das von der Aktion Mensch geförderte Projekt „Demenz UND geistige Behinderung“. Die in diesem Rahmen verfügbaren Angebote umfassen Wohnheime, Werkstätten und Tagesstätten mit einer psychosozialen Begleitung, durch die mittels einer Kombination aus Ansätzen der Altenhilfe und der Behindertenhilfe die Lebensqualität und die gesellschaftliche Inklusion verbessert werden sollen. Es geht insbesondere um die Entwicklung niedrigschwelliger Betreuungsmöglichkeiten, die Konzipierung fachspezifischer Schulungen und die Schaffung interinstitutioneller Netzwerke. Die Ergebnisse des dreijährigen Modellprojekts können nach dessen Abschluss auf andere Einrichtungen übertragen werden. *Quelle: Sozialcourage 2.2013*

JUGEND UND FAMILIE

Zweiter Demographiegipfel in Berlin. Das Bundesfamilienministerium präsentierte am 14. Mai dieses Jahres auf dem zweiten Demographiegipfel in Berlin vorläufige Ergebnisse der im Rahmen des ersten Zusammentreffens im Oktober 2012 gebildeten Arbeitsgruppen. Zur Diskussion standen Vorschläge für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege, eine familienfreundlichere kommunale Zeitpolitik, die Regelungen zur Elternzeit, eine Anpassung der Arbeitswelt an die alternde Gesellschaft, das Renteneintrittsalter, der Ausbau haushaltsnaher Dienstleistungen und die Bedürfnisse von Menschen im Ruhestand. Wichtig sei es, neue Modelle für tragfähige Netzwerke und lebendige Nachbarschaften zu entwickeln, Hilfen für die wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen zu organisieren und Strategien abzustimmen, um die Lebensbedingungen in den ländlichen und städtischen Regionen anzugleichen. *Quelle: Mitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 14.5.2013*

Risiken – Fehler – Krisen. Risikomanagement im Jugendamt als Führungsaufgabe. Dokumentation der Fachtagung. Hrsg. Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH. Selbstverlag. Berlin 2012, 131 S., EUR 19,– *DZI-E-0392*

Seit dem Jahr 1995 veranstaltet die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe des Deutschen Instituts für Urbanistik regelmäßig bundesweite Symposien, deren Inhalte sie in der projekteigenen Schriftenreihe „Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe“ veröffentlicht. Als Dokumentation der Konferenz im April 2012 widmet sich dieser Band grundlegenden Fragen des Risikomanagements

im Jugendamt. Im Blickfeld stehen Erfahrungen aus dem Hamburger Bezirk Wandsbek und dem Vivantes-Klinikum in Berlin, die Auswirkungen des Bundeskinder-schutzgesetzes, Befunde relevanter Forschungsprojekte sowie einzelne Praxismodelle aus Köln, Fulda, Hannover, Eichstätt und Stuttgart. Die Tagungsergebnisse werden in einem journalistischen Resümee kommentiert und zusammengefasst. Bestellanschrift: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe in der Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/ 390 01-136, Internet: www.fachtagungen-jugendhilfe.de

Einfach engagiert. Tipps für Eure Projekte. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2012, 26 S., kostenlos *DZI-E-0401*

Das im Jahr 2008 ins Leben gerufene und bis September 2014 bundesweit laufende Programm „jungbewegt“ der Bertelsmann Stiftung widmet sich dem Anliegen, die zivilgesellschaftliche Einbindung von Kindern und Jugendlichen zu unterstützen. Um hierfür eine empirische Grundlage zu schaffen, wurden zahlreiche Heranwachsende zu ihrem freiwilligen Engagement befragt. Die in dieser Broschüre durch Praxisbeispiele veranschaulichten Ergebnisse sollen jungen Menschen dabei helfen, eigene Initiativen zu entwickeln und umzusetzen. Beispielsweise enthält der Leitfaden Hinweise zur Teamarbeit, zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und zur Kooperation mit Medien, Behörden und Unternehmen. Ein Fragebogen erleichtert die Überprüfung und Bewertung einzelner Projekte. Bestellanschrift: Bertelsmann Stiftung, Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh, Tel.: 052 41/ 81-0, Internet: www.bertelsmann-stiftung.de und www.jungbewegt.de

AUSBILDUNG UND BERUF

Weiterbildung in Sexualpädagogik. Das Institut für Sexualpädagogik (isp) bietet in Deutschland seit 1989 eine sexualpädagogische Weiterbildung für Interessierte aus Deutschland und dem deutschsprachigen Ausland an. Der nächste Durchgang startet im November 2013 und dauert ein Jahr. Die neunteilige Weiterbildung richtet sich an haupt- und ehrenamtlich in Präventions- und Bildungsarbeit, Beratung, Erziehung oder in der Pflege tätige Personen, die sich für den Umgang mit Sexualität in ihren Institutionen und für geplante sexualpädagogische Arbeit mit bestimmten Zielgruppen qualifizieren möchten. Am Ende findet ein Kolloquium mit einer Prüfung statt. Nach erfolgreichem Abschluss können die Absolventinnen und Absolventen der Weiterbildung die Bezeichnung „Sexualpädagogin/Sexualpädagoge (isp)“ führen. Sie erfüllen damit die Anforderung der Gesellschaft für Sexualpädagogik (gsp) an Unterrichtsstunden und Praxisreflexion, um das Qualitätssiegel der gsp beantragen zu können. Informationen über die Themen und Termine der Weiterbildungsblöcke, Kosten, Rahmenbedingungen und die Möglichkeit zur Online-Anmel-

dung erhalten Interessierte im Internet unter der URL <http://www.isp-dortmund.de/angebote-sexualpaedagogik/weiterbildung/weiterbildung-sexualpaedagogik-7.html>. Quelle: Pressemitteilung des Instituts für Sexualpädagogik vom 13.5.2013

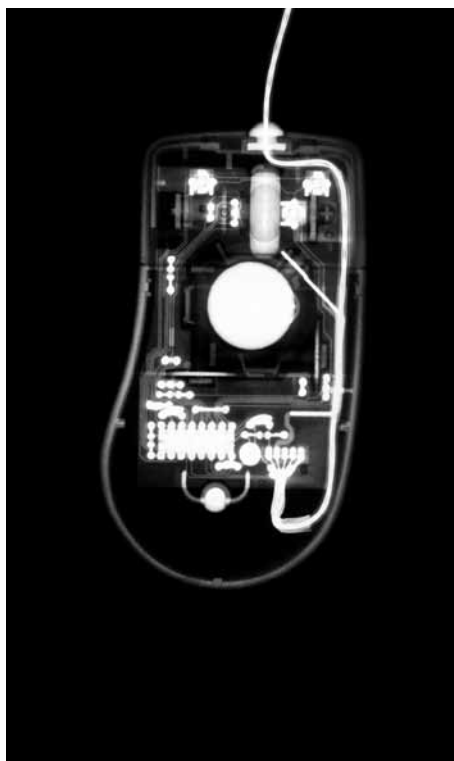
Umschulungen und Weiterbildungen im Erzieherberuf.

Die Bundesagentur für Arbeit verzeichnet einen Anstieg bei Weiterbildungen und Umschulungen zum Erzieher und zur Erzieherin. Nach Angaben der Bundesregierung haben im Jahr 2012 insgesamt 1 140 Personen – 598 Frauen und 130 Männer – eine durch die Bundesagentur geförderte Weiterbildungsmaßnahme mit dem Berufsabschluss Erzieher begonnen. Ein Jahr zuvor waren es nur 728 gewesen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion hervor. Über die Anzahl von Weiterbildungen und Umschulungen, die nicht durch die Bundesagentur gefördert werden, liegen der Regierung nach eigener Auskunft keine Angaben vor. Gestiegen ist nach Regierungsangaben auch die Zahl der geförderten und abgeschlossenen Umschulungen und Weiterbildungen zum Erzieher: Schlossen im Jahr 2011 182 Frauen und 32 Männer eine berufliche Weiterbildung zum Erzieher erfolgreich ab, waren es 2012 bereits 322 Frauen und 105 Männer. Über die Anzahl der regulären Ausbildun-

gen zum Erzieher und zur Erzieherin liegen der Regierung nach eigenem Bekunden keine konkreten Angaben vor. Quelle: hib vom 28.5.2013

Ausbildung zum professionellen Ehrenamtsmanagement.

Zum Abschluss ihres dreijährigen Projekts „win-win für Alle“ zur Ausbildung von Ehrenamtskoordinatoren und -koordinatorinnen zieht der Caritasverband in Nordrhein-Westfalen eine positive Bilanz. Dem Ziel, dieses neue Berufsprofil in sozialen Diensten und Einrichtungen zu etablieren, sei man näher gekommen. In dem vom Europäischen Sozialfonds und vom Bundesarbeitsministerium geförderten Lehrgang wurden insgesamt 86 Teilnehmerinnen und Teilnehmer berufsbegleitend mit den Schwerpunkten Altenhilfe, Behindertenhilfe und Psychiatrie, Gesundheitshilfe, Kinder- und Jugendhilfe sowie Verbände und Initiativen geschult. Wichtig für eine erfolgreiche Ehrenamtsarbeit seien vor allem klare Rahmenbedingungen und die Berücksichtigung veränderter Ansprüche an und Motivationen für das zivilgesellschaftliche Engagement. Die neu ausgebildeten Kräfte sollen Verantwortliche in Verbänden und Einrichtungen beraten, mit diesen Konzepte entwerfen und sie bei der Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen unterstützen. Quelle: Presseinformation des Caritasverbandes für die Diözese Münster e.V. vom 7.5.2013



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel mit dem Online-Factoring:

- Extrem günstige Konditionen
- Sichere und schnelle Vorfinanzierung
- Auszahlung innerhalb von zwei Arbeitstagen
- Finanzierungsvolumen wächst mit den Umsätzen
- Keine zusätzlichen Sicherheiten notwendig

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de

Berlin · Brüssel · Dresden · Erfurt · Essen · Hamburg
Hannover · Karlsruhe · Kassel · Köln · Leipzig · Magdeburg
Mainz · München · Nürnberg · Rostock · Stuttgart



Bank
für Sozialwirtschaft